



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Queerpolitik**

Herr Burghof-Parkin

Telefon: (0221) 221-21087
Fax: (0221) 221-29166
E-Mail: thiamo.burghof-parkin@stadt-koeln.de

Datum: 04.09.2023

**Auszug
aus dem Beschlussprotokoll der 11. Sitzung der
Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik vom 31.08.2023**

öffentlich

**2.1 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
4069/2022**

**Ergänzungsantrag der StadtAG Queerpolitik zur Beschlussvorlage Stra-
tégische Sozialplanung**

I. Abstimmung über den Ergänzungsantrag der StadtAG Queerpolitik:

Beschluss:

Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik empfehlen dem Rat, die Verwaltung zu verpflichten, bei der Strategischen Sozialplanung sowie bei Erstellung von Berichten zu den Lebenslagen aller Kölner*innen die Belange und Bedarfe von Menschen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, trans- oder intergeschlechtlich (LSBTI oder queer) definieren, zu berücksichtigen, mitzudenken und in den Ergebnissen darzustellen. Bei Bedarf soll die Verwaltung für eine Verbesserung der Datenlage zu Kölner*innen mit LSBTI-Biographien sorgen.

Abstimmungsergebnis: *einstimmig beschlossen*

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des geänderten Beschlusses:

Geänderter Beschluss:

Der Rat

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;

3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;
4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten.

Ergänzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik:

Der Rat verpflichtet die Verwaltung, bei der Strategischen Sozialplanung sowie bei Erstellung von Berichten zu den Lebenslagen aller Kölner*innen die Belange und Bedarfe von Menschen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, trans- oder intergeschlechtlich (LSBTI oder queer) definieren, zu berücksichtigen, mitzudenken und in den Ergebnissen darzustellen. Bei Bedarf soll die Verwaltung für eine Verbesserung der Datenlage zu Kölner*innen mit LSBTI-Biographien sorgen.

Abstimmungsergebnis: *einstimmig zugestimmt*